

## Forderungen des Deutschen Pflegeverbandes DPV e. V. an die Parteien des Deutschen Bundestages zur Bundestagswahl 2017

3. August 2017

Bereits seit Jahrzehnten steuert Deutschland geradewegs auf einen pflegerischen Kollaps zu. Zigtausend abgebaute Planstellen und Ausbildungsplätze in den Krankenhäusern in Verbindung mit einer fehlenden Perspektive der Veränderung zeigen schon jetzt umfängliche **Fehlentwicklungen und Versorgungslücken** in Krankenhäusern, Altenheimen und ambulanten Pflegediensten. Der **Personalnotstand** ist deutlich spürbar: Heute erleben Pflegende und Leistungsempfänger eine **Pflege am Fließband**, gekennzeichnet von **Kosten- und Leistungsdruck**.

Nach Bedarfseinschätzung fehlen der Pflege heute jährlich 4,5 Milliarden Euro, um eine qualifizierte, pflegerische Versorgung zu garantieren. Trotz der partikularen Verbesserungen in der jüngsten Vergangenheit, verdeutlicht diese Zahl doch eingehend den zukünftigen Handlungsbedarf.

Wie soll das in Zukunft weiter gehen? Wir können es nicht hinnehmen, dass die Probleme stets in die nächste Legislaturperiode verschoben werden. Es ist Aufgabe der Politik sich umgehend und nachhaltig dieser Problematik anzunehmen.

Somit fordern wir von den Parteien des deutschen Bundestages und der nächsten Bundesregierung, eine qualitätsorientierte pflegerische Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Eine **gute Pflege** bedeutet **genügend Personal und Zeit** für die individuellen Belange der pflegebedürftigen Menschen und Patienten.

### Wir fordern:

#### Adäquate Finanzierung pflegerischer Versorgung

Die Pflege nach den Grundsätzen der Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen und der Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen unter Wahrung der Menschenwürde muss selbstverständlich sein. Das Streben nach Gewinnmaximierung einiger Träger widerstrebt dem Auftrag der Pflege. Patienten als auch Pflegende sind Menschen und keine Ware. Wir fordern von Politik und Gesellschaft ein Umdenken zum Wohle der Patienten und Bewohner in allen Versorgungsstrukturen. Zu diesem Zweck müssen die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Deutscher  
Pflegeverband e.V.

Mittelstraße 1  
56564 Neuwied

Tel. 02631 -83880  
Fax 02631 -838820

info@dpv-online.de  
www.dpv-online.de



Mitglied im:



## Angemessene Personalausstattung und Fachkraftquote

Die Personalschlüssel sind den tatsächlichen Erfordernissen und in Anlehnung an den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff anzupassen und bundeseinheitlich in den Einrichtungen sicherzustellen. Gleichzeitig bedarf es einer Erhöhung der Ausbildungskapazitäten in Verbindung mit einer einheitlichen Ausbildungsfinanzierung, um den zukünftigen Bedarf an Pflegefachkräften zu sichern.

Ebenso muss die Fachkraftquote nach der Heimpersonalverordnung von 1993 von mindestens 50 % neu bewertet werden. Diese Notwendigkeit ergibt sich aus den seither eingetretenen Entwicklungen hinsichtlich Hochaltrigkeit und Multimorbidität, was mehr Bedarf an professioneller Pflege belegt.

Als Grundlage hierfür ist ein wissenschaftlich fundiertes Verfahren für eine Gesundheitspersonalstatistik zu entwickeln. Sie ist für die dringend erforderliche gesundheitspolitische Pflegebedarfsplanung inklusive Planung des Qualifizierungsbedarfes notwendig und würde die gesundheitliche Versorgung in Deutschland dauerhaft sichern. Hierbei ist neben der Fachkraftquote auch die Qualifikation der weiteren Hilfskräfte (Pflegeassistenz) zu berücksichtigen.

## Attraktivität der Pflege steigern

Um Schulabgänger für den Pflegeberuf zu begeistern und gleichzeitig die Berufsfucht zu stoppen, bedarf es folgender Maßnahmen:

- mehr Zeit für Pflege, Begleitung und Reflektion
- leistungsgerechte Entlohnung
- Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Gesundheitsförderung in den Einrichtungen
- Steigerung der gesellschaftlichen Anerkennung des Berufes

## Reform der Pflegeausbildung

Umgehende Verabschiedung der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung im Sinne des Pflegeberufereformgesetzes § 56 vom 17.07.2017, um die generalistische Pflegeausbildung zu realisieren.

## Mitsprache

Wir fordern die Beteiligung der Pflegeprofession mit Sitz und Stimme im Gemeinsamen Bundesausschuss G-BA. Sobald pflegerelevante Entscheidungen getroffen werden, muss die Pflege als die größte Berufsgruppe im Gesundheitswesen ein Mitspracherecht besitzen.

Zudem fordern wir die Aufhebung der Blockaden gegenüber der Selbstverwaltung der Pflegeberufe im Sinne des Körperschaftlich-öffentlichen Rechts in den Bundesländern.

**Deutscher  
Pflegeverband e.V.**

Mittelstraße 1  
56564 Neuwied

Tel. 02631 -83880  
Fax 02631 -838820

info@dpv-online.de  
www.dpv-online.de

 **DER PARITÄTISCHE**  
UNSER SPITZENVERBAND

Mitglied im:

 **Deutscher Pflegerat e.V.**  
Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege-  
und Hebammenwesen

 **AKTIONSBÜNDNIS  
PATIENTENSICHERHEIT**

## Vernetzung der Sozialgesetze

Wir fordern die Vernetzung von Pflegeversicherung (SGB XI), Rehabilitation (SGB IX), Krankenversicherung (SGB V) und Sozialhilfe (SGB XII). Das Ziel ist die Eliminierung von Unklarheiten und Versorgungsbrüchen an Schnittstellen, Entbürokratisierung und klientenorientierte Finanzierung der sozialen Sicherung unter Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse und Situation des pflegebedürftigen, behinderten und chronisch erkrankten Menschen.

## Einführung eines Präventionsgesetzes

Die nicht-medizinische Prävention muss ein eigenständiger Bereich neben Heilung, Pflege und Rehabilitation werden. Mit dem Ziel der Vermeidung bzw. zeitlicher Verschiebung von chronischen Krankheiten fordern wir die Verordnungsfähigkeit von Prophylaxen und aktivierender Pflege.

## Finanzierung von Behandlungspflege

Wir fordern die Refinanzierung behandlungspflegerischer Leistungen in stationären Einrichtungen der Altenpflege durch die Krankenversicherung im Sinne einer Gleichstellung der Versicherten im ambulanten und stationären Bereich.

## Heilberufsausweis für professionell Pflegende

Im Kontext zur Elektronischen Gesundheitskarte fordern wir die Implementierung der Profession Pflege ins System unter Aspekten der Entbürokratisierung und Versorgungsqualität für die Versicherten (Patientensicherheit).

## Scheinselbstständigkeit

In der Vergangenheit kam es gehäuft zu Klagen von freiberuflichen Pflegekräften gegen die Ansichten der Deutschen Rentenversicherung, es handle sich bei der ausgeübten Tätigkeit um Scheinselbstständigkeit.

Um zeit- und kostenintensive Gerichtsverhandlungen zu vermeiden, fordern wir die Festlegung verbindlicher und vor allem eindeutiger Kriterien, unter denen eine freiberufliche Ausübung der Pfl egetätigkeit gesichert wird.

Martina Röder  
Vorsitzende

Rolf Höfert  
Geschäftsführer

Deutscher  
Pflegeverband e.V.

Mittelstraße 1  
56564 Neuwied

Tel. 02631 -83880  
Fax 02631 -838820

info@dpv-online.de  
www.dpv-online.de



Mitglied im:

